

nationalökonomisch negativ auswirkte, vor allem infolge korruptiver Verschwendung deutscher Vermögenswerte. Der nächste Schritt führte von 1950 bis 1961 zur Vernichtung des tschechischen Bürgertums, wobei drei Millionen kleiner und mittlerer Unternehmer proletarisiert wurden. Stadtmüller betont im Vorwort, daß „diese Maßnahme sowohl zahlenmäßig als auch durch die Tiefe des Eingriffs in die menschliche Existenz dem ersten Akt der Vertreibung durchaus vergleichbar ist“. Andere kommunistisch beherrschte Länder, wie zum Beispiel Polen, haben sich einem so radikalen Kurs erfolgreich widersetzt, was ihnen vor allem auch bei den Ertragssteigerungen der Landwirtschaft erhebliche Vorteile brachte. Im dritten Akt dieses Dramas verlor auch die Arbeiterschaft, welche die vorausgegangene Entwicklung durchaus begrüßt und sich im großen Markt des COMECON sozial sicher gefühlt hatte, durch die zentralistisch monopolistisch beeinflusste kommunistische Bürokratie immer mehr soziale, ökonomische und politische Rechte (Mitbestimmung).

Vor 1945 galt die Tschechoslowakei als ein mittelerentwickelter kapitalistischer Staat Europas, der im West-Ost- und Nord-Süd-Gefälle eine Schlüsselstellung einnahm. Für die Sowjetunion war dieses Land der Motor zur Industrialisierung Osteuropas, wofür alle seine menschlichen und materiellen Ressourcen ohne Rücksicht auf eigene politische und wirtschaftliche Interessen ausgeschöpft wurden. Übrig blieb eine „im europäischen Vergleich ausgeleerte, ihres wertvollen Inhalts entledigte Hülse“. Um noch zu retten, was übrig blieb, versuchten die Männer des Prager „Frühlings“, durch einen „demokratischen Sozialismus“ die notwendigen Korrekturen einzuleiten, was aber am Veto und der Militärmacht der Sowjetunion scheiterte.

Dem Werk sind 73 statistische Tabellen sowie ein umfassendes Schrifttumsverzeichnis beigegeben, das auch eine genaue Kenntnis der jüngeren tschechischen Literatur verrät. Der Verfasser versteht es, knapp und überzeugend darzulegen, daß beim schrittweisen Umbau aller Lebensverhältnisse die Priorität wirtschaftlicher Rationalität oft zu kurz kam. Die Frage bleibt offen, ob politische Herrschaftssysteme auf Dauer ökonomische Gesetzmäßigkeiten, die in traditionellen Wertvorstellungen verankert sind, verändern können. Eine Antwort darauf könnte das Beispiel Polen in naher Zukunft geben, das ja bereits dem vorliegenden Buch als Vergleichsobjekt diente, wovon dann allerdings auch eine Vorbildwirkung ausgehen dürfte.

Linz

Gustav Otruba

*Communist Power in Europe 1944—1949. Edited by Martin McCauley.*

The Macmillan Press Ltd. (in association with the School of Slavonic and East European Studies, University of London), London and Basingstoke 1977, 242 S., £ 10,00.

Dieser Band enthält insgesamt 13 Studien, die in vier Teile gegliedert sind. Das Schwergewicht liegt bei den Fallstudien über fünf Länder, in denen die jeweilige kommunistische Partei in der im Buchtitel genannten Zeitperiode an die Macht

kam (Teil 2), und über vier Länder, in denen die kommunistische Partei dieses Ziel nicht erreichte (Teil 3). Außerdem werden folgende Themen behandelt: die ökonomische Entwicklung in Osteuropa unter der deutschen Hegemonie (Autor E. A. Radice; mit Osteuropa ist in diesem Fall das Gebiet Polens, der Tschechoslowakei, Jugoslawiens, Ungarns, Rumäniens und Bulgariens gemeint), die Problematik der drei von der UdSSR annektierten baltischen Staaten in den Jahren 1940—50 (D. Kirby) sowie die britische Politik gegenüber Rumänien, Bulgarien und Ungarn 1944—46 (E. Barker). Von dem Schlußkapitel „Dreißig Jahre später“ (H. Seton-Watson) wird noch die Rede sein.

Die fünf Fallstudien im zweiten Teil betreffen Polen (N. Davies), „Ostdeutschland“ (d. h. die sowjetische Besatzungszone bis zur Gründung der DDR; M. Mc Cauley), die Tschechoslowakei (V. V. Kusin), Ungarn (G. Schöpflin) und Rumänien (B. Vago). Es wird also über Albanien, Bulgarien und Jugoslawien nicht berichtet; daß ein Jugoslawien gewidmetes Kapitel fehlt, ist der wohl einzige gravierende Mangel der Publikation. Die vier im dritten Teil untergebrachten Studien sind Finnland (A. Upton), Frankreich (E. Mortimer), Italien (P. A. Allum - D. Sassoon) und Griechenland (R. Clogg) gewidmet. Zumindest zwei der in Betracht kommenden Länder werden also auch hier nicht behandelt: Österreich und „Westdeutschland“. Der Herausgeber weist auf die erwähnten Lücken selbst hin und erklärt sie mit vorwiegend technischen Schwierigkeiten, die sich bei der Herausgabe des Sammelbandes ergeben hätten.

In einer Serie von Seminaren, die zwischen Oktober 1974 und März 1976 an der Londoner Universität stattfanden und deren endgültiges Ergebnis der vorliegende Band ist, wurden noch weitere Themen behandelt, deren schriftliche Bearbeitung ebenfalls nicht in die Publikation eingegliedert werden konnte; u. a. die sowjetische militärische Strategie und ihre politischen Folgen 1944—45, die Anfänge des Kalten Krieges, die bodenständige gesellschaftliche Grundlage der Volksdemokratien in Osteuropa. Der Herausgeber erörtert diese und andere relevante allgemeine Fragen in seinem Vorwort. Er umreißt die Hauptzüge der europäischen Entwicklung seit 1917 zwar sehr komprimiert und mit knappen Worten, jedoch mit Erfolg. Besonderen Nachdruck legt er auf den Zeitraum 1939—48.

McCauley ist es auch gelungen, jeweils in wenigen Sätzen die Quintessenz der einzelnen Studien zu charakterisieren, und zwar im Hinblick auf die in der Publikation allgegenwärtige Frage, warum im jeweiligen Land die kommunistische Partei im Kampf um die Macht entweder erfolgreich gewesen oder aber unterlegen ist und welche Faktoren dabei ausschlaggebend waren (z. B. äußere Umstände, etwa die sowjetische militärische Präsenz, oder die internen Verhältnisse, wie der bodenständige Rückhalt der kommunistischen Partei im Lande selbst).

Man muß überhaupt mit Staunen feststellen, wie viele Themen in diesem kaum 250 Seiten zählenden Buch behandelt sind, wo jeder Autor in der Regel nicht mehr als 20 Druckseiten zur Verfügung hatte. Dies ist wohl der Sachlichkeit und der Ergiebigkeit des Ausdrucks bei allen Mitautoren des Bandes zu verdanken, denn sämtliche Studien basieren auf den primären Quellen und der umfangreichen Sekundärliteratur; beides wird bei jeder Studie in zahlreichen Fußnoten belegt.

Lediglich H. Seton-Watson stützt sich in seinem anfangs persönlich gefaßten

Beitrag mehr auf seine Erinnerungskraft als auf die Dokumente, was den Wert seiner zurückblickenden Bemerkungen aber nicht mindert. Er konzentriert sich zuerst auf die Beziehungen zwischen den Westmächten und der UdSSR gegen Ende des Krieges und in der unmittelbaren Nachkriegszeit. Dabei evoziert er die Stimmung der damaligen zeitgenössischen Bewunderung für die „Russen“ bei den Völkern des Westens und dann die Gefühle der bitteren Enttäuschung, welche durch die von den Sowjets in Osteuropa angewandten Methoden hervorgerufen wurden. Diese Entrüstung angesichts der sowjetischen Politik, die sich der westlichen Öffentlichkeit bemächtigte und bereits Mitte 1946 den ersten Höhepunkt erreichte, mag — argumentiert Seton-Watson überzeugend — den Druck auf die Regierungen verursacht haben, der im Laufe des Jahres 1947 das politische Handeln (wie die Truman-Doktrin) auslöste.

Ebenso bemerkenswert ist Seton-Watsons Kommentar zur Lage in Osteuropa. Da spricht er auch von der Manipulation mit dem Nationalismus seitens der sowjetischen Führung (am Beispiel des antideutschen Hasses in Polen und der Tschechoslowakei) und erwähnt zuletzt die Naivität und Fehler auf der Seite der gemäßigten Rivalen der kommunistischen Parteien. In diesem Zusammenhang betont er resolut: „Es ist jedoch notwendig, sich zum Schluß dessen zu entsinnen, daß sie nicht verloren haben, weil sie ‚kein konstruktives gesellschaftliches Programm hatten‘, oder weil die Kommunisten ‚mit der fortschrittlichen Lehre des Marxismus-Leninismus ausgerüstet waren‘, sondern deswegen, weil es nirgends die Kraft gab, die es ihnen ermöglicht hätte, der sowjetischen imperialen Macht entgegenzutreten, die in das von Hitler zurückgelassene Vakuum floß, unabhängig davon, ob Stalin einen allumfassenden Plan hatte oder nicht.“

Hannover

Vilém Prečan

*Political Culture and Political Change in Communist States. Edited by Archie Brown and Jack Gray.*

The Macmillan Press Ltd., London and Basingstoke 1979, 2. Ausg., 286 S., £ 4,95.

Sieben Staaten mit kommunistischem Herrschaftssystem — China, Kuba, Jugoslawien und die Sowjetunion mit drei ihrer Satellitenstaaten (Polen, Ungarn, die Tschechoslowakei) —, sieben „kommunistische Gesellschaften“ (sic: „Communist societies“, S. 1) sind in diesem Band von einem interdisziplinären Team von neun britischen Gesellschaftswissenschaftlern unter einem speziellen Aspekt der sogenannten politischen Kultur zur Sprache gebracht worden. Sieben auf das jeweilige Land bezogene Studien sind umrahmt von der einleitenden theoretisch-methodologischen Studie A. Browns, in der es um die Präzisierung des Forschungsgegenstandes und um die Auseinandersetzung über das Begriffsverständnis der „politischen Kultur“ und dessen einzelne Aspekte geht, und von dem Schlußkapitel, in dem J. Gray die Ergebnisse der erwähnten sieben Fallstudien resümiert und einer komparativen Analyse unterzieht.